

Harte Zeiten für kleine Bauernhöfe

Zwölf direktzahlungsberechtigte Landwirtschaftsbetriebe sind 2006 im Thurgau geschlossen worden. Für kleine und mittlere Betriebe wird es immer enger.

FRAUENFELD – Mittलगrossen Bauernhöfen mit 10 bis 25 Hektaren Land macht der Druck am meisten zu schaffen. Vor sechs Jahren noch gab es im Thurgau 1969 davon, heute sind es über 400 weniger. Jeder fünfte Betrieb ist verschwunden. Anders die Entwicklung bei grösseren Höfen: Deren Zahl ist in den letzten sieben Jahren um 160 auf fast 600 gestiegen, wie der Kanton gestern mitteilte. Warum gehts Grösseren besser? «Die Anschaffungskosten etwa für einen Maschinenpark sind für grosse Betriebe gleich hoch wie für kleine», sagt Hans Stettler, Chef des Landwirtschaftsamtes. Erstere könnten die Geräte jedoch mehr einsetzen und also besser amortisieren. Dasselbe gilt für Investitionen etwa im Bereich der Ställe.

Müssen kleine Betriebe auch künftig zittern? Ja, glaubt Stettler. Wichtig sei die Agrarpolitik 2011, die demnächst im Parlament behandelt wird. «Gibt es dem Druck des Bundesrates nach, geht es künftig noch schneller.» Weniger prekär ist die Situation für Betriebe, deren Leiter noch einer anderen Beschäftigung nachgeht. Ihre Zahl ist von 934 (1999) auf 805 (2006) gesunken.

Im Vergleich zu 1999 wurden 2006 deutlich mehr Schweine gehalten, der Milchviehbestand hingegen ist gesunken. Stettler führt dies darauf zurück, dass die Betreuung des Milchviehs aufwendiger ist. Die meisten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gehören zur Familie des Betriebsleiters. Nur jeder fünfte Beschäftigte stammt nicht aus der eigenen Familie. (ako.)

Kesslers Beschwerde

98,5 Mio. Franken Direktzahlungen und Beiträge wurden heuer an die Thurgauer Landwirtschaft bezahlt. Die leichte Steigerung zum Vorjahr ist gemäss Landwirtschaftsamts darauf zurückzuführen, dass die Zahl besonders tierfreundlicher Haltung markant gestiegen sei. In den Augen von Erwin Kessler, Präsident des Vereins gegen Tierfabriken, ist das nicht überall der Fall. Er hat am Mittwoch bei Bundesrätin Doris Leuthard Aufsichtsbeschwerde gegen das Bundesamt für Veterinärwesen wegen Nichtausübung der Oberaufsicht erhoben. Kessler kritisiert, dass auf gewissen Thurgauer Betrieben Mutterschweinen vor dem Abferkeln nicht ausreichend Langstroh zum Nestbau gegeben worden sei. (ako.)